Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 280. **Freitag** den 5. Juni 1903. **97. Jahrgang.**

Der großbritannische Zollverein.

Am 28. Mai ist dem englischen Volke Joe Chamberlains letztes Ziel seiner Politik verkündet worden. Balfour, dem man für seinen stillen Gegner hielt, und Joe Chamberlain selbst haben in großen Zügen im Unterhause ihre wirtschaftlichen Pläne enthüllt und damit nur diejenigen überrascht, die noch an einen Gegensatz beider Männer glaubten. Diese sind vorsichtig zu Werke gegangen, am vorsichtigsten Chamberlain, der, sonst der Heißsporn, seinen Premier korrigierte und einige seiner Redewendungen einschränkte. Es soll ein großbritannischer Zollbund ins Leben gerufen werden, ein imperial common wealth, um die Kolonien enger mit dem Mutterlande zu verbinden. Angesichts der Freiheit der englischen Kolonien kann man das recht wohl verstehen, denn es läßt sich schwer eine Weltpolitik durchführen, wenn die einzelnen Teile dieses stolze Gebäude nicht tragen, wenn das obere Geschoß schief auf den Säulen sitzt. Das hat die vorjährige Kolonialkonferenz anerkannt und der lauteste Rufer im Streite, der Gouverneur von Kanada, hat durch seine Zollpolitik die Verallgemeinerung dieses Wunsches früher brennend gemacht, als man hätte erwarten können. Durch die Zollermäßigung auf englische Waren und die Aufhebung des Vertrages mit Deutschland hat er letzteres geschädigt und es war daher nur recht und billig, daß dieses die Herkünfte aus Kanada nach dem autonomen Tarif behandelte. Das konnte der Kanadier nicht vertragen und so erhöhte er die Differenz zu Gunsten englischer Ware im Durchschnitt um 33⅓ Prozent. Deutschlands energische Abwehr steht noch aus. Allein schon die Stimmung in Deutschland und sein erster Schritt gegen Kanada haben die Engländer geärgert und verletzt und in erster Linie muß jetzt die Unpopularität Deutschlands in England den Steigbügel für Chamberlains Roß, den großen Zollverein, hergeben.

Wir in Deutschland haben naturgemäß ungemeines Interesse an der Entwickelung der Dinge, denn England ist unser größter Abnehmer. Aber wir haben nicht nur zu verlieren, wir können bei der neuen englischen Zollpolitik auch gewinnen. Man muß im Auge behalten, daß die von Deutschland nach England gehenden Waren nicht alle für den home trade, für Englands Verbrauch selbst, bestimmt sind, daß im Gegenteil ein großer Teil davon wieder ausgeführt wird und zwar nicht nur nach den englischen Kolonien, daß also, wenn England uns Schwierigkeiten machte, von uns der direkte Verkehr gesucht werden muß und gefunden werden wird und wir damit vom Inselreiche unabhängig werden. Freilich würde unter Umständen noch ein recht großer Teil unseres Exports verloren gehen, doch ist das nicht ganz sicher, denn es gibt zu denken, daß die Einfuhr deutscher Waren in Kanada zugenommen hat, gerade während Kanada seinen Zollkampf gegen die deutschen Waren aufnahm. Mit England könnte es vielleicht auch so geben. Das weiß Chamberlain und darum seine sehr vorsichtige Sonderung, seine fast entschuldigende Bitte, sein Projekt genau zu studieren. Er weiß, daß die englischen Kolonien, vorläufig wenigstens, der englischen Produktion den Weltmarkt nicht ersetzen können. Dabei ist die Produktion von Manufakturen dort selbst sehr bedeutend. Beispielsweise dürfte die Ausfuhr kanadischer landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte nach Australien die vom Mutterlande selbst erreichen. Daß in Australien die Anfänge einer großen Weltindustrie sich befinden, ist bekannt und daß Indien sich von den englischen Baumwollpinnereien unabhängig zu machen im Begriffe steht, ebenfalls. Bei solchen Verhältnissen wiegt der Verkehr mit den Kolonien nicht allzuviel, obwohl er 200 Millionen Pfund Sterling dorthin bei einem Gesamtexport Großbritanniens von 800 Millionen Pfund beträgt. Die Rohproduktion seiner Kolonien kann indessen England niemals selbst verbrauchen und gerade der erschwerte Absatz dieser Rohproduktion in die außergroßbritannischen Länder würde sehr nachteilig auf die Stimmung in den Kolonien für den großbritannischen Zollverein zurückwirken. Ist doch Kanadas Aerger meist auf die erste Repressalie Deutschlands, die Erschwerung seiner Getreideausfuhr nach Deutschland, zurückzuführen. England darf seine Industrie nicht schädigen, deshalb will auch Chamberlain einen Zoll auf Rohmaterialien nicht, sondern sein Wunsch lautet auf eine Getreidesteuer. Mit dieser hat sich das englische Volk schon durch die Kriegssteuer bekannt gemacht. Und die Getreidesteuer ist gar nicht so unpopulär. Cobdens Ideen sind schon längst nicht mehr Gemeingut der Engländer, der Kornzoll hat schon manchen Fürsprecher gefunden und zwar, nicht weil er der Landwirtschaft helfen soll, der nicht mehr zu helfen ist, sondern weil er eine rein fiskalische Steuer ist, wie die Abgabe auf Tabak, Alkohol usw. Tragt den geringen Kornzoll und dafür sollt Ihr nicht nur bessere Löhne, sondern auch eine Alterversicherung haben, ruft Chamberlain den englischen Arbeitern zu. Er macht ihnen den Nutzen des Kornzolls plausibel; die Frage ist freilich, ob sie ihn plausibel finden. Aber interessant ist die Tatsache, daß man jenseits des Kanals den Patriotismus der Massen mit dem Kornzoll heizt und er diesseits als Abschreckungsmittel gilt. Freilich bei uns soll einem Erwerbszweige geholfen werden, drüben stellt man das Axiom auf, daß allen geholfen würde. England will seinen Bedarf an Nahrungsmitteln, wenigstens Getreide, ganz von den Kolonien nehmen; aber wenn ihm das gelingt, bleibt nur wenig Ertrag von dem Zoll auf außergroßbritannisches Getreide übrig. Was fangen die Kolonien mit ihrem Ueberschusse an? Man wird seitens der anderen Länder einen ordentlichen Kampfzoll auf dieses englische Kolonialgetreide legen.

England importierte 1901 an Nahrungsstoffen:
aus den auswärtigen Ländern für 35 284 628 Lstrl.,
aus seinen Kolonien . . . „ 11 791 905 „

Unter dem letzteren Posten befinden sich nur ganz geringe Mengen Getreide. Kanada führt beispielsweise nur den zwölften Teil seines Weizens und den zwanzigsten seines Mehles in England ein. Die Einfuhr in das Mutterland ist, wie man sieht, überhaupt nicht bedeutend. Vom Gesamthandel, wie oben bemerkt, geht auch nur ein Viertel auf den Verkehr mit den Kolonien. Das ist natürlich. Die Kolonien produzieren zu viel und brauchen zu wenig. Das vereinigte Königreich hat 40 Millionen Einwohner, die Kolonien insgesamt 11 Millionen Weiße. Sieht man von Indien ab, so hält sich die Zahl der Konsumenten in Deutschland mit der des ganzen großbritannischen Zollvereins die Wage. Wenn England ein guter Abnehmer deutscher Waren ist, so ist das Gleiche umgekehrt der Fall. Der Markt, den uns England verschließt, finden wir zum Teil bei uns selbst. Freilich wären hierzu Umwälzungen in der Fabrikation nötig, die bedeutende Mittel erforderten. Aus diesem Grunde und weil immerhin eine Beunruhigung des Handels eintreten würde, können wir eine Durchführung des Chamberlainschen Planes nicht wünschen. Zu fürchten aber haben wir ihn nicht. Im Gegenteil, wir würden selbständiger uns, was eine Hauptsache ist, unsere Kolonien würden uns wertvoller.

Der Kaiser beim Sängerwettstreite.

⊙ **Frankfurt a. M.**, 4. Juni. (Telegramm.) Der Kaiser wohnte heute vormittag dem Wettstreite der ersten Abteilung der Gesangvereine in der Festhalle bei und begab sich sodann mit der Kaiserin und sämtlichen hier anwesenden Fürstlichkeiten und dem Gefolge nach dem neuen Rathause. Vor der Paulskirche, deren Glocken läuteten, hatten die Geistlichkeit mit der Kirchenfahne, sowie die Schulkinder Aufstellung genommen. Alle Fenster der umliegenden Häuser, sowie die benachbarten Straßenzüge, der Paulsplatz und der Römerberg waren mit Schaulustigen dicht besetzt. Vom alten Turme des neuen Rathauses ließen Bläser in Alt-Frankfurter Waffentracht Fanfaren ertönen. Am Eingange des Rathauses wurde das Kaiserpaar vom Oberbürgermeister Adickes, Bürgermeister Varrentrapp, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Humser und den Architekten Neher und v. Howe empfangen und die Treppe hinaufgeleitet. Fräulein Adickes überreichte der Kaiserin einen Blumenstrauß. Der Bürgersaal war mit Gobelins und Festons geziert. Dem Thronbaldachin gegenüber war ein Standbild Kaiser Wilhelms I. aufgestellt. An den Längsseiten des Saales hatten die Mitglieder des Magistrates, der Stadtverordnetenversammlung und sämtliche Beamte sich aufgestellt. Anwesend waren ferner der kommandierende General v. Lindequist und der Oberpräsident v. Zedlitz und Trützschler. Bei dem Eintritt des Kaisers und der Kaiserin und der fürstlichen Gäste sang der Knabenchor der Musterschule den Chor aus „Judas Maccabäus". Oberbürgermeister Adickes hielt darauf an den Kaiser eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die vor 500 Jahren erbauten und noch heute als Zeichen eines starken, selbstbewußten Bürgersinnes ragenden Römerhallen für die Stadtverwaltung zu eng wurden und immer gebieterischer die Notwendigkeit eines Rathauses hervortrat, bis endlich mit Hülfe begnadeter Künstler der Weg gefunden sei, unter Beseitigung untergeordneter Bauteile und im engen Anschluß an den alten Römer einen Neubau zu errichten und so der Väter Erbe sich aufs neue zu eigen zu machen. Der Bürgermeister fuhr fort:

Heute nun sind wir glücklich, als ersten festlichen Akt in diesem neuen Saale die Huldigung der städtischen Behörden vor Euer Majestäten vollziehen und so auch für die neuen Räume des alten Römers die persönliche Beziehung zu unserem erhabenen Herrscherhause begründen zu können. Wohl ist die besondere Verbindung, welche in dem alten Reiche zwischen dem Kaisertum, der Kaiserstadt und dem Römer bestand, lange und unwiderbringlich gelöst, um so fester aber und unauflöslich sind die Bande, welche diese Stadt und das ganze wirtschaftliche und geistige Schaffen, Blühen und Gedeihen der Bürgerschaft mit dem unter dem Erbkaisertum der Hohenzollern geeinten neuen Reiche verbinden. In Treue fest zu Kaiser und Reich! Das sei heute unsere Losung und unser Gelöbnis.

Der Oberbürgermeister schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser und die Kaiserin und bat dem Kaiser einen Ehrentrunk in einem vom Stadtrat Metzler gestifteten künstlerischen silbernen Pokal dar. Der Kaiser antwortete darauf:

Es ist mir ein Bedürfnis, im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin und in meinem der Stadt Frankfurt aus tiefem Herzen warmen Dank zu sagen für die Tage, die sie uns bereitet. Spontan, ein Ausbruch herzlicher Gefühle, war der gestrige Empfang, getragen von dem aus vielen tausend Kehlen gesungenen deutschen Liede. Es war so recht das Bild der kräftig sich regenden, nach allen Richtungen sich entwickelnden großen Metropole, der Erfolg dessen, was das Schwert meines siegreichen Großvaters für das Vaterland errungen hat, ein Beweis dafür, wie gut es Frankfurt unter der preußischen Krone gegangen ist. Vom Rossdäuser her zog meine Bahn zur alten Römerstadt ein. Das Rossdäuserior ist gesprengt, und offen sind die Tore und die Gassen der Stadt Frankfurt geworden, vergangen die alten Zeiten und zur Geschichte geworden. Das neue deutsche Reich hat Frankfurt zur neuen Bedeutung sich entwickeln sehen. Und so ist es denn mein Wunsch: Wie schon in früherer Zeit aus Frankfurt die ersten schönen Sprößlinge des deutschen Liedes erstanden und wie heute zum ersten Male in ihren Mauern deutsche Männer sich versammelt haben, um nach alter Sitte im Liede miteinander zu ringen, so möge in Verbindung mit der modernen Entwickelung und Ausgestaltung der Stadt, wie hier im Rathause die Pflege der alten Traditionen und der alten Geschichte der Stadt Hand in Hand gehen; denn nur wer seine Geschichte pflegt, wer seine Traditionen hochhält, kann in der Welt etwas werden. Die Ordenskette, die Sie um die Schultern Ihres Oberbürgermeisters glänzen sehen, ist ein Beweis dafür, wie gerade auf einem meinem Herzen so nahelegenden und von mir so eifrig durchforschten Gebiete, dem der sozialen Politik, Frankfurt an der Spitze marschiert und wie es mir am Herzen lag, die Stadt und ihr Oberhaupt dadurch zu ehren und mein vollstes Einverständnis zu erklären mit den Wegen, die Sie hier eingeschlagen haben zum Segen für Ihre Bürger und zum Beispiele für das Vaterland. Es ist mir aber wohlbekannt, daß außerdem noch ein Wunsch die Brust Frankfurts bewegt, dem ich gern Folge geben werde. Es ist schon lange der Wunsch, daß die Zusammengehörigkeit der Stadt mit ihrer Garnison durch ein äußeres Band auch in der Heeresgeschichte sich kennzeichnen möge, und diesem Wunsche der Frankfurter Patrizier entgegenkommend, habe ich befohlen, daß vom heutigen Tage an das 2. hessische Artillerie-Regiment Nr. 63 „Frankfurt" heißen soll. So möge auch die Garnison in Verbindung mit der Bürgerschaft Frankfurts in Friede und Freundschaft stolz auf ihren Namen auch Ihnen, den Bürgersöhnen, ein Heim bieten und möge Gottes reichster Segen auf all Ihren Unternehmungen ruhen, auf welchem Gebiete es auch sei. Das ist mein heißester Wunsch und darauf leere ich den Pokal: Auf das Wohl der Stadt Frankfurt! Hurra! Hurra! Hurra!"

Der Kaiser ließ sich darauf die Herren des Magistrats, den Stadtverordnetenvorsteher Humser, verschiedene Herren des Stadtkollegiums und andere vorstellen. Auf die Bitte des Oberbürgermeisters schrieben der Kaiser, die Kaiserin, Prinzessin Friedrich Carl von Hessen, die Prinzen Eitel Friedrich und Adalbert, der Herzog von Koburg-Gotha und Prinz Friedrich Carl von Hessen ihre Namen in das Titelblatt des goldenen Buches der Stadt Frankfurt a. M. Das Kaiserpaar schritt durch den Kaisersaal die Treppe hinab und fuhr unter dem Jubel der Bevölkerung zum Frühstück zu dem Prinzenpaare Friedrich Carl von Hessen.

⊙ **Frankfurt a. M.**, 4. Juni. (Telegramm.) Dem Oberbürgermeister Adickes wurde der Wilhelms-Orden und dem Bürgermeister Varrentrapp der Charakter eines Geheimen Regierungsrates verliehen, ferner dem Stadtverordnetenvorsteher Geheimen Justizrat Humser der Kronen-Orden 2. Klasse, sowie u. a. der Rote Adler-Orden 4. Klasse den Stadträten Josef Baer, Anton Meyer, Wilhelm Hanau, dem Stadtbauinspektor Wilde und dem Vizepräsidenten der Handelskammer Kommerzienrat Passavant.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 4. Juni. (Rußland, der Kriegsschiffsbau und die Werften des Auslandes.) In Zukunft will Rußland kein Kriegsschiff mehr auf fremden Werften bauen lassen; bei Neubauten sollen nur noch russische Werften in Frage kommen. Rußland war von 1893 bis 1902 ein sehr guter Abnehmer für die Werften von England, Frankreich, Deutschland, Dänemark und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Abgesehen von den Torpedobooten, liefen für Rußlands Kriegsflotte im letzten Jahrzehnt 18 Schiffe mit 83 155 Tonnen Deplacement auf Auslandswerften vom Stapel. Der Löwenanteil entfiel auf Deutschland; auf deutschen Werften wurden vier Schiffe mit 27 900 Tonnen Deplacement hergestellt, auf französischen vier Schiffe mit 26 600 Tonnen Deplacement, auf den Werften der Vereinigten Staaten zwei Schiffe mit 19 740 Tonnen Deplacement, auf den dänischen Werften zwei Schiffe mit 8730 Tonnen Deplacement und auf einer großbritannischen Werft ein Schiff mit einem Deplacement von 1055 Tonnen. Englands Werften waren also bezüglich des Anteils am Baue russischer Kriegsschiffe etwas stiefmütterlich bedacht; dafür bauten sie die Dampfer der freiwilligen Flotte des Schwarzen Meeres (zehn Schiffe von 105 680 Tonnen Deplacement). Von den 13 Kriegsschiffen, die für Rußland auf ausländischen Werften gebaut wurden, sind alle, mit einer einzigen Ausnahme, nach Ostasien beordert worden; die Ausnahme betraf die Jacht „Standart", die bei Burmeister & Wein in Kopenhagen am 10. März 1895 vom Stapel lief. Im ganzen ließ Rußland von 1893 bis 1902 für Kriegsmarine und freiwillige Flotte im Auslande bauen: Kriegsschiffe 13 von 83 155 Tonnen Deplacement, Torpedofahrzeuge 18 von 6070 Tonnen Deplacement, Dampfer und freiwillige Flotte 10 von 105 680 Tonnen Deplacement; hiervon entfielen auf Deutschland vier Kriegsschiffe von 27 900 Tonnen Deplacement und elf Torpedofahrzeuge von 3950 Tonnen Deplacement. Daß dem deutschen Kriegsschiffsbau in Zukunft russische Aufträge nicht mehr zugehen werden, ist um so mehr zu beklagen, als ohnehin die deutschen Werften wegen Mangels an Aufträgen zu Arbeiterentlassungen sich genötigt sehen.

* **Berlin**, 4. Juni. Ueber das heuchlerische Versteckspiel der Sozialdemokratie sagt die „Freis. Ztg." Eugen Richters:

„Vor uns liegt ein Flugblatt, welches die Sozialdemokratie im Wahlkreise Landeshut-Jauer und vermutlich auch noch in anderen Kreisen verbreitet. In diesem Flugblatte sucht man sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß die Sozialdemokratie das Privateigentum beseitigen wolle. Es heißt in dem Flugblatte: „Die Sozialdemokratie fordert in ihrem Programm nur die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sofern dasselbe zur Ausbeutung des Nebenmenschen verwendet wird." Dieses Zitat ist unrichtig. Das geltende Parteiprogramm der Sozialdemokratie von 1891 erklärt, daß jedes Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit der zweckentsprechenden Anwendung und vollen Entwickelung der Produktivkräfte, und daß deshalb „die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische" gefordert werden muß. Der Zusatz, welcher die Wegnahme des Eigentums an Produktionsmitteln beschränkt auf dasjenige Eigentum, welches „zur Ausbeutung der Nebenmenschen verwendet wird", ist also eine Erfindung der Sozialdemokratie in diesem Flugblatte und im Wahlkampfe. Weiterhin beruft sich die Sozialdemokratie darauf, daß sie nur das kapitalistische Privateigentum, d. h. das Privateigentum an Produktionsmitteln, nicht auch das Privateigentum an Genußmitteln wegnehmen wolle. — Der Unterschied zwischen kapitalistischem Eigentum und einem Eigentum an Genußmitteln aber ist ein rein theoretischer und in Wirklichkeit nicht vorhanden. Dieselben Geldmittel können durch Ankauf von Genußmitteln verwandt werden zum Genuß und ebenso durch Ausleihung und als Produktionsmittel zur Produktion. Dasselbe Haus, dasselbe Feld kann verwandt werden für den eigenen Wohnungsbedarf und die eigene Ernährung und ebenso ganz oder teilweise zur Vermietung, zur Einrichtung eines Geschäftslokals bezw. zum Verkauf von Feldprodukten. Als Privateigentum zum persönlichen Gebrauch bleibt im sozialistischen Zukunftsstaate nur übrig die eigene Kleidung, die Mundportion, die man sich aus dem allgemeinen Speisehause etwa aufhebt, und das für den eigenen Gebrauch unbedingt notwendige Mobiliar. Das ist ungefähr so viel Privateigentum, wie auch der Zuchthäusler im Besitze hat."

⊙ **Berlin**, 4. Juni. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Verleihung des Kronenordens 2. Klasse mit Stern an den Reichsgerichtsrat **Gallf**, des Sterns zum Kronenorden 2. Klasse an den Oberhafendirektor in Bremen, **Franzius**, des Roten Adlerordens 3. Klasse mit Schleife an den bisherigen kaiserlichen Geschäftsträger in Caracas v. **Pilgrim-Baltazzi**.

— Zu dem bekannten Streit Vollmar contra Singer ergreift der Abg. Singer jetzt in einer schriftlichen Erklärung das Wort, die eine gewisse Einschränkung der bisherigen Berichte über seine Stellungnahme zu den künftigen Handelsverträgen enthält. Die Erklärung lautet:

Die liberal-bürgerliche Presse verbreitet eine Notiz, in der behauptet wird, ich hätte in einer Versammlung in Kottbus namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärt, die Fraktion werde keinen Handelsverträgen zustimmen, die auf Grund des neuen Zolltarif-Gesetzes vereinbart seien. Diese Mitteilung ist insofern irrig, als ich bei dieser Aeußerung nicht nur von Handelsverträgen, die auf Grund des neuen Zolltarif-Gesetzes abgeschlossen werden sollen, gesprochen — sondern ausgeführt habe: daß nach meinem Dafürhalten die Fraktion keinem Handelsvertrage zustimmen könne, durch den Lebenshaltung, sowie Arbeitsgelegenheit für die Arbeiterklasse verschlechtert und verringert werden. Und dabei bleibe ich. Paul Singer.

Man läßt sich also eine Hintertür offen, wahrscheinlich aber nur zur vorläufigen Ausgleichung des Gegensatzes Vollmar-Singer, der gerade vor den Wahlen unbequem empfunden wird.

— Der spanische Botschafter in Berlin, Dr. A. de Muatey Sicher, hat sich heute in Begleitung des ersten Botschaftssekretärs Herrn Queipo de Llano nach Weimar begeben, um, einer Einladung folgend, den dortigen Hoffestlichkeiten beizuwohnen. Von Weimar aus wird er eine längere Urlaubsreise nach Spanien antreten. Während seiner Abwesenheit, bis anfang August, führt Herr Queipo de Llano die Geschäfte der Botschaft. (Mgdb. Ztg.)

— Die Vertreter der amtlichen Statistik des Reichs- und der Bundesstaaten treten am 6. Juni in Konstanz zu einer Konferenz zusammen; zur Beratung kommen Fragen der weiteren Ausbildung der Agrar- und der Finanzstatistik. Nach der „Soz. Prax." wird vermutlich auch eine grundsätzliche Aussprache über die voraussichtlich 1905 stattfindende Berufs- und Betriebszählung erfolgen.

— Der frühere verdienstvolle Präsident des Reichsversicherungsamtes, Wirklicher Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Bödiker, vollendet morgen das sechzigste Lebensjahr; er ist am 5. Juni 1843 zu Haselünne geboren. Seine bedeutsame Wirksamkeit hat allgemeine Anerkennung gefunden und Bödiker das Ehrendoktorat dreier Fakultäten eingebracht der philosophischen, der juristischen und medizinischen. Aus der Stellung als Vorsitzender des Direktoriums von Siemens & Halske ist Dr. Bödiker unlängst ausgeschieden, doch gehört er noch dem Aufsichtsrat der Gesellschaft an. Seine Verdienste um die soziale Wohlfahrt wurden vom Kaiser durch die Verleihung des Wilhelmsordens anerkannt. (Nat.-Ztg.)

* **Bremen**, 4. Juni. Die Differenzen im Klempnergewerbe sind noch nicht erledigt. Eine Reihe von Klempnergehilfen (27 Prozent der ganzen Zahl) war noch nicht wieder eingestellt worden. Die Vertretung des Metallarbeiterverbandes verlangte die Wiedereinstellung. Der Verein bremischer Baugewerksmeister hat nun gestern abend in der Sache vermittelt und die betreffenden Klempnermeister veranlaßt, die noch nicht angestellten Klempner